

Erstein: wöchentlich zweimal. Abonnements-Gebühren: „Der Reichsboten“, „Rechts-Blätter“, „Rechts-Anzeiger“, „Rechts-Anzeiger“, „Rechts-Anzeiger“...



Interessen und Abonnements-Kontakts in Ost-Berlin: Hauptredaktion SW 19, Semmelweis-Str. 40/41, Filialen: Leipziger Str. 105, Potsdamer Str. 37, Zimmerstraße 50, Kienigkstraße 106/107...

Berliner Tageblatt

Nr. 363 Ausgabe für Berlin und Handels-Zeitung 55. Jahrgang Mittwoch, 4. August 1926

Der unmögliche Untersuchungsrichter.

Zur Frage der Staatsinterventionen.

Röllings Rückzug.

Die Annahme unseres Magdeburger Korrespondenten, daß eine neue Aeußerung Röllings bevorstehe, trifft zu. Bereits gestern abend veröffentlichte ein Berliner Blatt, natürlich ein deutschnationales, eine neue Erklärung des Untersuchungsrichters Rölling. Das Selbstamt in dem...

Klärung gefördert. Dann hat Rölling, offenbar um die Abstellung zu vermeiden, alle ihm von der höchsten Kriminalpolizeibehörde zugewiesenen Beamten abgelehnt. Jetzt hat er, wie seine neue Erklärung zeigt, vollständig den Kopf verloren. Und nun soll ihm, dem unmittelbar vor der Verhaftung stehenden Richter, der Reichstag helfen — gegen die Pflicht gemäß handelnde preussische Regierung? „Du rettest den Freund nicht mehr.“

Rölling geht in Urlaub.

Der Untersuchungsrichter Rölling wird in den nächsten Tagen seinen planmäßigen Urlaub antreten. Er will lediglich vorher noch das Material zusammentragen, um der Strafkammer eine Entscheidung über die Haftbedürftigkeit des Verdächtigen von Rudolf Haas zu ermöglichen. Wie ich zuverlässig erfahre, steht eine neue Rölling-Außerung bevor. Darin wird Rölling seinen längst erwarteten Rücktritt vorbereiten. Rölling wird erklären, daß er schon seit längerer Zeit übergeben ist, daß Schröder der Mörder des Helling ist. Er habe die Untersuchung in der alten Weise lediglich deshalb fortgeführt, weil er fürchtete, daß Schröder sonst keine weiteren Aussagen machen würde. Der Nachweis, daß Schröder der Mörder des Helling ist, sei aber noch kein Beweis dafür, daß Rudolf Haas nicht doch der Mörder für den Mord ist. Rölling beharrt darauf, die Untersuchung gegen Rudolf Haas wegen Wortauslassung fortzusetzen, um behauptet, er habe neues Belastungsmaterial gefunden. Die Vernehmung der Braut Schröders, von der der Untersuchungsrichter nichts wußte, ist im Auftrage des Magdeburger Oberstaatsanwalts erfolgt.

Die Kriminalkommissare in voller Tätigkeit.

Die Berliner Kriminalkommissare in Magdeburg sind in voller Tätigkeit. Die Vernehmung der Göpke in Köln ist auf Veranlassung des Oberstaatsanwalts in Magdeburg erfolgt. Die Magdeburger amtlichen Stellen, sowohl die Verwaltungsverhältnisse wie die Gerichtsbürokratie, verweigern jede Auskunft darüber, ob das Eingreifen der Staatsanwaltschaft auf Anweisung des Justizministeriums erfolgt ist, oder es sich lediglich in Magdeburg behauptet wird, daß eine neue Anzeige gegen die Göpke und den Schröder wegen Mordes eingegangen ist. Es handelt sich um folgendes: Der Untersuchungsrichter Rölling führt bis heute die Untersuchung gegen Schröder lediglich wegen Unterschlagung, Betrug und schwerer Irrendenhandlung. Es ist also sehr wohl möglich, daß eine neue Anzeige wegen Mordes gegen Schröder und die Göpke die Staatsanwaltschaft in die Zwangslage versetzt hat, von sich aus neue Ermittlungen anzuordnen und sich dazu der Berliner Kriminalkommissare zu bedienen. Von der Staatsanwaltschaft wurde kurz vorher noch den Berliner Kriminalbeamten, die bei ihr antworten, ob Aufträge für die Staatsanwaltschaft unterfangt, irgendwelche Aufträge an die Berliner Kriminalkommissare zu vergeben.

Die Feststellungen der Berliner Polizei.

Von den Berliner Kommissaren Bussdorf, Dr. Hermann und Raschwig sind in der Mordtat Helling weitere Ermittlungen im Auftrage der Landesstrafpolizeidirektion angefertigt worden, auf Grund deren die Berliner Kriminalpolizei einen gemeinen Hausmord, begangen von Ehegatten, feststellen konnte. Ein Telegramm des vereidigten Ehegatten, das die Polizei in der Hand hatte, erklärt, daß die Augen im Kopf Hellings ohne jeden Zweifel aus dem Revolver Schröders stammen. Man sieht es bei der Berliner Kriminalpolizei als sicher an, daß Schröder den Helling in sein Haus lockte und dort ermordete, um ihm die 500 Mark Rantion zu rauben, die Helling auf Grund eines Interzess Schröders mitgenommen hatte.

Der Untersuchungsrichter beharrt.

Untersuchungsrichter Rölling erklärt, daß sich das Recht seiner Untersuchungen immer enger um Direktor Haas zusammenziehe. Er sei im Besitz so vieler, zum Teil neuen belastenden Materials, daß an eine Gattentilgung entgegen der Ansicht Berlins gar nicht zu denken sei. Nach seiner Ansicht komme nur Mord auf Anstiftung in Frage. Er werde auf jeden Fall seine Untersuchung trotz des Ergebnisses der Berliner Ermittlungen fortführen. (Siehe auch Seite 3.)

Dr. Mario-Elisabeth Lüders, Mitglied des Reichstags.

Liberalismus und Individualismus sind Prinzipien, denen ganz bestimmte allgemeine und wirtschaftspolitische Methoden entsprechen. Mit dem Sozialismus, seinen theoretischen Voraussetzungen und praktischen Folgerungen ist es ebenso. Jeder beide politischen und wirtschaftlichen Systeme kann man nicht nur theoretisch freieren, sondern man kann auch bei grundsätzlich nichtsozialistischem System — wie es schon lange geheißen ist — Betriebe und Verwaltungen, deren Leistungen und Lieferungen für die gesamte Bevölkerung von lebenswichtiger Bedeutung sind, in öffentliche Hand überführen. Wie weit man hierin gehen will, ist keine Frage des Grundprinzips, sondern praktischer Erwägungen, die unter den jeweilig wechselnden wirtschaftlichen Umständen zu sehr verschiedenen Folgerungen führen können.

Was wir heute auf zahlreichen Gebieten der Wirtschaft vor uns sehen, und was uns durch die verschiedenen Positionen in den Reichs- und Staatshaushalten und durch die Debatten der parlamentarischen Finanzorgane bestätigt wird, ist aber etwas ganz anderes als jene im Rahmen liberal-individualistischer Grundzüge möglichen und mit ihnen auch logisch vereinbaren Zugriffe der öffentlichen Hand auf ganz bestimmte Bereiche wirtschaftlicher Leistung und Verwertung.

Verfassungsmäßig herrscht bei uns politisch das liberale Prinzip, und wirtschaftlich vertreten die Programme aller bürgerlichen Parteien grundsätzlich den Individualismus. Unter Berufung auf ihn haben fast alle Verträge, nach dem Zusammenbruch sogenannte Sozialversicherungsexperimente zu machen, mit Nachdruck bekämpft, haben sie den Vermittlungen, wirtschaftlich unliebsamen Erscheinungen mit den Mitteln der Zwangswirtschaft entgegengetreten, stets sehr heftig gegenübergestanden und deren Zeitigung mit zunehmender Konsolidierung der wirtschaftlichen und besonders der Währungsverhältnisse gefordert. Daneben ist aber — seit Jahr und Tag und je länger desto mehr — eine Beteiligung der öffentlichen Hand an der Privatwirtschaft eingetragenen, die theoretisch mit den Grundätzen des wirtschaftlichen Individualismus unvereinbar ist und praktisch zu weit bedeutenderen Konsequenzen führen muß, als es selbst ein ausgedehnter Staatssozialismus tun kann, dem dieselben Verfechter privatwirtschaftlich-individualistischer Grundzüge jenseit ebenfalls sehr mißtraulich gegenübergestanden haben.

Sie sind allgemach in einen Zustand hineingeraten, in dem Reich und Länder die Aufgaben von Bankiers Verwaltungsgenossen, Ministerial-, Steuer- und Betriebsräten als Kreditinstitutionen fungieren. Teils schicken sie Gelder à fonds perdu ein, teils zu Vorzugszinsen, teils gegen mehr oder weniger sichere Beteiligung. Anfangen hat es mit der großen Eintragung für die Ruhrindustriellen nach der Aufgabe des passiven Widerstandes. Fortgesetzt hat es sich, heute unter nationaler, morgen unter politischer, dann unter wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten, einmal an der Saar, dann in Oberschlesien. Uebergriffen hat es von einem industriellen Gebiet auf das andere, von Kohle und Eisen auf Schiffe und Flugzeuge usw. Von der Groß- und Schwerindustrie ist man zum mittleren Gewerbe und zum Handwerk gelangt, man schließlich über die Winger im besonderen, der Landwirtschaft im allgemeinen mit den Krediten für die sogenannte Betriebsabhandlungsgesellschaft zu landen. Wir wissen sehr wohl, und dort einmal von Staats wegen helfend und stützend eingreifen muß. Was aber bei uns geschieht, hat mit solchen darauf wenig oder nichts zu tun, sondern es läuft schließlich entweder einen Teil einer Produktionskosten von Staats wegen direkt abzunehmen oder wenigstens indirekt, das heißt durch Uebernahme sogenannter Wirtschaftskredite, für ein mögliches Defizit einzufpringen. Angelegenheit grundsätzlicher Individualismus betreibt tatsächlichen Sozialismus.

In immer größerem Maßstabe ermöglicht wurde die bedenkliche Methode des „Wohler — noch“ durch die infolge der sogenannten Defizalarisierungspolitik herbeigeführte Ueberfüllung öffentlicher Kassen, die niemals ungefüher und der Wirtschaft gefährlicher ist als in Zeiten, in denen ihr auch nicht ein Tropfen Geld entzogen werden darf. Zuerst hat man die Wirtschaft mit allen nur denkbaren Steuererhöhungen in den Zustand lebensgefährlicher Arämie versetzt, um dann versucht man sie mit Transfusionen aus derselben Quelle wieder zum Leben zu erwecken. Mit dieser Art Sozialagen, „negativen Sozialismus“ werden alle Steuerzahler volens oder gegen die Vermittlung des Staates an der Privatwirtschaft beteiligt, — d. h. leiden nur negativ an ihren Verlusten. Die Öffentlichkeit scheint sich